

BGH-Leitsatz-Entscheidungen

Heute neu:

1. [EU-Grundrechtecharta: Presse- und Meinungsfreiheit für Internet-Links](#)
Urteil 14.10.2010, I ZR 191/08
2. [HGB, FamFG: Umnummerierung abgetretener Geschäftsanteile](#)
Beschluss 01.03.2011, II ZB 6/10
3. [AktG: sachverständige Beurteilung einer Ertragsprognose durch das Gericht](#)
Urteil 22.02.2011, II ZR 146/09
4. [BGB: Vergütungsanspruch für Internetplattform bzgl. Heil- und Kostenplänen](#)
Urteil 24.03.2011, III ZR 69/10
5. [ZVG: mutwillige Teilungsversteigerung](#)
Beschluss 15.03.2011, V ZB 177/10
6. [BGB, BerHG: Erstattung von Anwaltskosten bei Beratungshilfemöglichkeit](#)
Versaumnisurteil 24.02.2011, VII ZR 169/10
7. [InsO: Anfechtung von erweiterten und verlängerten Eigentumsvorbehalten](#)
Urteil 17.03.2011, IX ZR 63/10
8. [InsO: Unterlassene Angabe einer Grundstücksschenkung](#)
Beschluss 17.03.2011, IX ZB 174/08
9. [PatG: Widerruf wegen widerrechtlicher Entnahme](#)
Beschluss 22.02.2011, X ZB 43/08
10. [BGB: konkludente Genehmigung einer Einzugsermächtigungslastschrift](#)
Urteil 01.03.2011, XI ZR 320/09
11. [BGB: Verjährung der deliktischen Haftung eines ausländischen Brokers](#)
Versaumnisurteil 25.01.2011, XI ZR 106/09
12. [ZPO: Entscheidung über PKH-Gesuch vor Ablauf der Begründungsfrist](#)
Beschluss 23.03.2011, XII ZB 51/11
13. [BtMG, StGB: Strafraumverschiebung bei Hilfe zur Aufklärung](#)
Beschluss 15.03.2011, 1 StR 75/11
14. [BtMG: Tateinheit zwischen vorsätzlicher und fahrlässiger Einfuhr/Handeltreiben](#)
Urteil 10.02.2011, 4 StR 576/10

Urteile und Beschlüsse:

1. **EU-Grundrechtecharta: Presse- und Meinungsfreiheit für Internet-Links**
Urteil 14.10.2010, I ZR 191/08

EU-Grundrechtecharta Art. 11, Informationsgesellschafts-Richtlinie Art. 6, UrhG § 95a

Sind in einem im Internet veröffentlichten, seinem übrigen Inhalt nach dem Schutz der Presse- und Meinungsfreiheit unterfallenden Beitrag elektronische Verweise (Links) auf fremde Internetseiten in der Weise eingebettet, dass sie einzelne Angaben des Beitrags belegen oder diese durch zusätzliche Informationen ergänzen sollen, so werden auch diese Verweise von der Presse- und Meinungsfreiheit umfasst.

2. HGB, FamFG: Umnummerierung abgetretener Geschäftsanteile

Beschluss 01.03.2011, II ZB 6/10

HGB § 40, FamFG § 59

a) Weigert sich das Registergericht wegen formaler Beanstandungen, eine von einem Notar eingereichte Gesellschafterliste in den Registerordner aufzunehmen, hat der Notar ein eigenes Beschwerderecht.

b) Die Umnummerierung abgetretener Geschäftsanteile in der Gesellschafterliste ist dann zulässig, wenn jeder Geschäftsanteil durch die Angabe der bisherigen Nummerierung zweifelsfrei zu identifizieren bleibt.

3. AktG: sachverständige Beurteilung einer Ertragsprognose durch das Gericht

Urteil 22.02.2011, II ZR 146/09

AktG § 93 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 Satz 1, 2

Zur Beantwortung der Frage, ob ein Vorstandsmitglied einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bei der Entscheidung über die Erweiterung einer Niederlassung von einer zutreffend erstellten Ertragsprognose ausgegangen ist, muss das Gericht regelmäßig einen Sachverständigen hören, sofern es nicht darlegt, dass es eigene Sachkunde auf dem Gebiet der Unternehmensplanung besitzt und deswegen in der Lage ist, die streitigen Fragen ohne sachverständige Hilfe abschließend zu beurteilen.

4. BGB: Vergütungsanspruch für Internetplattform bzgl. Heil- und Kostenplänen

Urteil 24.03.2011, III ZR 69/10

BGB §§ 134, 138 Ba, Cf, Berufsordnung für hessische Zahnärztinnen und Zahn-

Arzte vom 10. Juni 2005 §§ 2, 7, 20

Zum Vergütungsanspruch des Betreibers einer Internetplattform, auf der Heilund Kostenpläne von Patienten eingestellt werden und Zahnärzte Gegenangebote abgeben können (im Anschluss an BGH, Urteil vom 1. Dezember 2010 - I ZR 55/08).

5. ZVG: mutwillige Teilungsversteigerung

Beschluss 15.03.2011, V ZB 177/10

ZPO § 114 Satz 1, ZVG §§ 180, 182

Eine beabsichtigte Teilungsversteigerung nach §§ 180 ff. ZVG ist mutwillig i.S.v. § 114 ZPO, wenn sie aller Voraussicht nach fehlschlägt, weil sich kein Bieter finden wird, der ein nach §§ 182, 44 ZVG zulässiges Gebot abgibt, so dass das Verfahren wegen Ergebnislosigkeit aufgehoben werden muss (§ 77 Abs. 2 Satz 1 ZVG).

6. BGB, BerHG: Erstattung von Anwaltskosten bei Beratungshilfemöglichkeit

Versaeumnisurteil 24.02.2011, VII ZR 169/10

ZPO §§ 540 Abs. 1, 313a Abs. 1 Satz 1, BGB §§ 280, 286, BerHG § 9

Lässt das Berufungsgericht die Revision zu, muss aus dem Berufungsurteil zu ersehen sein, von welchem Sach- und Streitstand es ausgegangen ist, welches Rechtsmittelbegehren die Parteien verfolgt haben und welche tatsächlichen Feststellungen der Entscheidung zugrunde liegen.

BGB §§ 280, 286; BerHG § 9

Ein Schadensersatzanspruch des Gläubigers gegen den Schuldner auf Ersatz der von ihm bezahlten gesetzlichen Vergütung für die außergerichtliche Beauftragung seines Rechtsanwalts ist nicht deshalb ausgeschlossen, weil der Gläubiger Beratungshilfe hätte in Anspruch nehmen können.

7. InsO: Anfechtung von erweiterten und verlängerten Eigentumsvorbehalten

Urteil 17.03.2011, IX ZR 63/10

InsO §§ 129, 131

Erweiterte und verlängerte Eigentumsvorbehalte sind hinsichtlich der abgetretenen zukünftig entstehenden oder zukünftig werthaltig gemachten Forderungen grundsätzlich nur als kongruente Deckung anfechtbar (Fortführung von BGH, Urteil

vom 20. November 2007 - IX ZR 20/07 - BGHZ 174, 207)

8. InsO: Unterlassene Angabe einer Grundstücksschenkung

Beschluss 17.03.2011, IX ZB 174/08

InsO § 290 Abs. 1 Nr. 5

Gibt der Schuldner eine im Zeitraum zwischen der Stellung eines ersten Insolvenzantrags und der Stellung eines weiteren, mit einem Restschuldbefreiungsgesuch verbundenen Insolvenzantrags vorgenommene Grundstücksschenkung auf Frage nicht an, liegt darin ein zumindest grob fahrlässiger Verstoß gegen seine Auskunft- und Mitwirkungspflichten.

9. PatG: Widerruf wegen widerrechtlicher Entnahme

Beschluss 22.02.2011, X ZB 43/08

PatG § 21 Abs. 1 Nr. 3

Das Patent ist wegen widerrechtlicher Entnahme auch dann zu widerrufen, wenn sein Gegenstand nicht patentfähig ist.

PatG § 46 Abs. 1, 2; § 59 Abs. 4

a) Unter Beteiligten i.S.v. § 46 Abs. 1 PatG sind die jeweiligen Verfahrensbeteiligten zu verstehen (Anmelder, Patentinhaber, Einsprechende).

b) Hören die Prüfungsstelle im Erteilungs- oder die Patentabteilung im Einspruchsverfahren Verfahrensbeteiligte formlos an, ist dies in der Niederschrift über den Gang der Verhandlung zu vermerken. Eine inhaltliche Protokollierung kann auch bei einer solchen formlosen Anhörung bei umfangreicheren tatsächlichen Angaben, die für die Feststellung des entscheidungserheblichen Sachverhalts erheblich sind, angezeigt sein.

c) Ein nicht am Einspruchsverfahren Beteiligter (hier: ein Miterfinder) ist als Zeuge zu vernehmen. Seine Aussage ist zu protokollieren.

10. BGB: konkludente Genehmigung einer Einzugsermächtigungslastschrift

Urteil 01.03.2011, XI ZR 320/09

BGB §§ 133 B, 684 Satz 2

a) Bei der Frage, ob eine konkludente Genehmigung einer im Einzugsermächtigungslastschriftverfahren vorgenommenen Kontobelastung vorliegt, ist der durch normative Auslegung zu ermittelnde objektive Erklärungswert des Verhaltens des Kontoinhabers maßgeblich (im Anschluss an das Senatsurteil vom 20. Juli 2010 - XI ZR 326/07, WM 2010, 1546 zur Veröffentlichung in BGHZ vorgesehen)

b)Ist eine Belastungsbuchung vom Schuldner genehmigt worden, scheidet ein unmittelbarer Bereicherungsanspruch der Schuldnerbank gegen den Lastschriftgläubiger aus. Der Bereicherungsausgleich vollzieht sich in diesem Fall entsprechend den allgemeinen Grundsätzen innerhalb der jeweiligen Leistungsverhältnisse (im Anschluss an das Senatsurteil vom 11. April 2006 - XI ZR 220/05, BGHZ 167, 171).

11. BGB: Verjährung der deliktischen Haftung eines ausländischen Brokers

Versaumnisurteil 25.01.2011, XI ZR 106/09

BGB § 199 Abs. 1 Nr. 2, § 826 A, § 830 Abs. 2

Im Falle einer deliktischen Haftung eines ausländischen Brokers wegen bedingt vorsätzlicher Teilnahme an einem sittenwidrigen Geschäftsmodell eines inländischen Terminoptionsvermittlers beginnt die regelmäßige Verjährung erst zu laufen, wenn dem geschädigten Anleger sowohl die Umstände, die in Bezug auf dieses Geschäftsmodell einen Ersatzanspruch begründen, als auch die Umstände, aus denen sich ergibt, dass auch der das Transaktionskonto führende und die einzelnen Aufträge des Anlegers ausführende Broker als möglicher Haftender in Betracht kommt, bekannt oder infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt sind.

12. ZPO: Entscheidung über PKH-Gesuch vor Ablauf der Begründungsfrist

Beschluss 23.03.2011, XII ZB 51/11

ZPO §§ 114, 233 B, 522 Abs. 1 Satz 4

Hat der Berufungsführer vor Ablauf der Berufungsbegründungsfrist Prozesskostenhilfe beantragt und beabsichtigt das Gericht, Prozesskostenhilfe zu versagen, so hat es vor Verwerfung der Berufung als unzulässig über das Prozesskostenhilfegesuch zu entscheiden (im Anschluss an BGH Beschluss vom 3. Dezember 2003 - VIII ZB 80/03 - FamRZ 2004, 699).

13. BtMG, StGB: Strafraumenverschiebung bei Hilfe zur Aufklärung

Beschluss 15.03.2011, 1 StR 75/11

BtMG § 31 Abs. 2, StGB § 46b Abs. 3, § 73c Abs. 1

1. Für eine Hilfe zur Aufklärung nach Eröffnung des Hauptverfahrens ist gemäß § 31 Abs. 2 BtMG i.V.m. § 46b Abs. 3 StGB eine Strafraumenverschiebung ausge-

sichtigt werden.

2. Eine Erörterung der Voraussetzungen des § 73c Abs. 1 StGB in den Urteilsgründen ist nur dann erforderlich, wenn nahe liegende Anhaltspunkte für deren Vorliegen gegeben sind.

14. BtMG: Tateinheit zwischen vorsätzlicher und fahrlässiger Einfuhr/Handeltreiben

Urteil 10.02.2011, 4 StR 576/10

BtMG § 29 Abs. 4

Hat der Täter Betäubungsmittel vorsätzlich eingeführt oder vorsätzlich damit Handel getrieben, scheidet eine tateinheitliche fahrlässige Einfuhr von oder ein tateinheitliches fahrlässiges Handeltreiben mit einer vom Vorsatz nicht erfassten Teilmenge dieser Betäubungsmittel durch dieselbe Handlung aus. § 29 Abs. 4 BtMG kommt dann nicht zur Anwendung.